ResearchGate

See discussions, stats, and author profiles for this publication at: https://www.researchgate.net/publication/332859221

Politische, soziale, kulturelle Partizipation im Kontext der möglichen Gestaltung einer Stadtbürgerschaft (forum.wien.welt.offen)

Article · May 2019

CITATIONS
0

READS
12

1 author:



Christoph Hofinger
SORA Institute for Social Research and Consulting
12 PUBLICATIONS **57** CITATIONS

SEE PROFILE

Some of the authors of this publication are also working on these related projects:

SORA Electoral Research View project

Create new project "SORA Methodology" View project

All content following this page was uploaded by Christoph Hofinger on 04 May 2019.

The user has requested enhancement of the downloaded file.

forum wien.welt.offen

Politische, soziale, kulturelle Partizipation

Christoph Hofinger

Studie für die Fachenquete Vielfältige Beteiligung:
Wiener StadtbürgerInnenschaft, 2. Mai 2019

Stadt
Wien

Inputpaper 02 wien.welt.offen
Politische, soziale, kulturelle Partizipation

Christoph Hofinger (SORA), Februar 2018

Im Rahmen des forum.wien.welt.offen beraten Expert*innen seit 2012 Wiener Entscheidungsträger*innen aus Politik und Verwaltung mit dem Anliegen, inklusive, verbindende und nicht polarisierende Beteiligungs-Formate zu suchen und zu diskutieren. Dieses externe Paper wurde im Auftrag der MA 17 erstellt und dient dem Expert*innen-Beirat als Input. Es beinhaltet ein Mapping des Themas und eine Analyse in Bezug auf Stadtbürger*innenschaft bzw. abschließend eine Skizzierung von Herausforderungen für die konkrete Anwendung und inkludiert dabei ausgewählte Datengrundlagen und Referenzen.

1) Partizipation beruht auf Ressourcen

Wer mehr Ressourcen hat, partizipiert mehr am politischen Leben. Wissen und Kompetenzen, Selbstvertrauen und Selbstwirksamkeits-Erwartungen, Zeit, ökonomisches Kapital und soziale Netzwerke gehören alle zu den Ressourcen, die Beteiligung wahrscheinlicher machen (vgl. u.a. Bödeker 2012, Roth 2012, Schäfer/Schoen 2013).

Dies gilt auch für Wien, wie sich zunächst am Beispiel der repräsentativ-demokratischen Beteiligung illustrieren lässt:

Die Wahlbeteiligung bei der Wiener Gemeinderatswahl reichte im Jahr 2015 von 69,3% (Rudolfsheim-Fünfhaus) bis 81,0% (Josefstadt). Die Wahlbeteiligung der einzelnen Bezirke können wir in einem simplen Modell aus nur vier Variablen vorhersagen, und zwar

- dem Anteil der im Ausland Geborenen unter den österreichischen Staatsbürger*innen,
- dem Anteil der Bezirksbewohner*innen mit maximal Pflichtschulabschluss,
- der durchschnittlichen Wohnfläche je Bewohner*in sowie
- der durchschnittlichen Netto-Pension.

Diese vier Faktoren, die alle als Indikatoren für das Vorhandensein von Ressourcen interpretiert werden können, prognostizieren die Partizipation bei Gemeinderatswahlen mit hoher Genauigkeit[1]: Die in diesem Modell vorhergesagte Wahlbeteiligung weicht im Schnitt nur 0,36 Prozentpunkte von der tatsächlichen des jeweiligen Bezirks ab. Das ist ein Hinweis darauf, dass **auch in Wien eine „soziale Ungleichheit der Wahlabstinenz“** (Kohler 2006) besteht.[2]

[1] Adjusted r^2 = 98%. Zu beachten ist, dass wegen der starken Aggregation der Ergebnisse hier keineswegs – als allfälliger ökologischer Fehlschluss – ein vergleichbar starker Zusammenhang auf individueller Ebene abgeleitet werden kann. Sie wären allenfalls als Hinweis, dass ähnliche Korrelationen – in u.U. stark abgeschwächter Form – auch individuell bestehen *können*, zu interpretieren.

[2] zum Zusammenhang mit Migrationshintergrund siehe u.a. Jenny et al (2003), Kasper / Moser (2008).

2) Wer partizipiert und wer nicht?

Auf individueller Ebene lässt sich Partizipation natürlich nicht so unmittelbar aus vorhandenen Ressourcen vorhersagen. Aber der Zusammenhang ist – wenn auch vielschichtiger und zum Glück nicht so massiv – doch eindeutig vorhanden.
Die Daten des Österreichischen Demokratie Monitors (ÖDM, vgl. Zandonella 2018) zeigen etwa, dass Wiener*innen mit Matura oder Studium als höchstem Bildungsabschluss alle abgefragten Partizipationsangebote häufiger nutzen als Wiener*innen ohne Matura (**Tabelle 1**).

Tabelle 1: Politische Partizipation in Wien nach Bildung

	mit Matura oder Studium	anderer oder kein Abschluss	Differenz. Matura vs. andere
an einer Wahl teilgenommen	87	74	+13
an einer Demonstration teilgenommen	43	23	+20
in einer politischen Partei oder Interessensvertretung mitgearbeitet	21	16	+5
in einem gemeinnützigen Verein, einer Bürgerinitiative oder einer selbstorganisierten Gruppe mitgearbeitet	38	32	+6
sich in Schule, Arbeit oder Nachbarschaft für ein Thema oder eine Person eingesetzt	68	53	+15

Quelle: Österreichischer Demokratie Monitor (www.demokratiemonitor.at), n = 458 Befragte mit Wohnsitz Wien, Angaben in Prozent; eigene Auswertungen für dieses Paper

41% der Wiener*innen können laut den ÖDM-Daten als vielfältig Partizipierende eingestuft werden: Sie haben drei der fünf in **Tabelle 1** genannten Partizipationsmöglichkeiten bereits genutzt. Unter jenen, die die Matura oder ein Studium abgeschlossen hat, sind 51% vielfältig Partizipierende, um 16 Prozentpunkte mehr als bei Wiener*innen ohne Matura.

Ähnlich die Befunde der Wiener Sozialwissenschaftlichen Grundlagenstudie (Ucakar / Gschiegl 2010): Sie zeigt große Differenzen zwischen den verschiedenen Bildungsschichten: Fast jeder zweite (44%) der Befragten mit maximal Pflichtschule wurde in Bezug auf Partizipation als "inaktiv"[3] klassifiziert, während in der Bildungsschicht (Matura oder Studium) nur rund jeder achte bis neunte (13 bzw. 11%) zur Gruppe der Inaktiven zählt (siehe Abbildung A1 im Anhang).

Frauen sind in Wien weniger partizipationsbereit als Männer, unter ihnen sind mit 9% etwa halb so viele „sehr Aktive“ wie bei Männern (16%), dafür um die Hälfte mehr „Inaktive“ (29 gegenüber 18%; Abbildung A2).

Zwischen 20 und 69 Jahren variiert die Partizipationsbereitschaft kaum. Jüngere bis 19 Jahre sind vor allem „potentiell aktiv“, Ältere ab 70 zeigen deutliche Rückzugserscheinungen (Abbildung A2).

Stark unterscheidet sich Partizipation nach Geburtsland: Die in Deutschland geborenen Wiener*innen sind als einzige annähernd so partizipationsbereit wie die in Österreich

[3] "Basis für diese Berechnung sind die Antwortverteilungen auf die Frage, ob man schon einmal aktiv an der einen oder anderen Problemlösung in Wien bzw. in der eigenen Wohnumgebung teilgenommen hat und ob es persönlich denkbar wäre, dies einmal zu tun." (Ebenda)

geborenen Wiener*innen (Abbildung A3); bereits um 10 Prozentpunkte mehr Inaktive gibt es bei in anderen westlichen EU-Ländern Geborenen, 16 Prozentpunkte mehr Inaktive bei Wiener*innen aus den Visegrád-Staaten. Wer im ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien) oder in der Türkei geboren ist, ist nach dieser Typologie etwa dreimal so häufig inaktiv als in Österreich geborene Wiener*innen.

Der Migrationshintergrund spielt also wie erwartet ebenso eine wesentliche Rolle bei politischer Partizipation (vgl. u.a. Jenny et al. 2003, Filzmaier et al. 2015, Rosenberger et al. 2008). Und zwar besonders stark, wenn die Personen selbst zugewandert, also zur Ersten Generation zu zählen sind. Laut Sozialwissenschaftlicher Grundlagenstudie II (Verwiebe et al 2014) differiert das Partizipationsverhalten bei Angehörigen der Zweiten Generation in Wien bei den aufgezählten Beteiligungsmöglichkeiten kaum von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (**Tabelle** 2).

Tabelle 2: Unterschied 1./2. Generation / Personen ohne Migrationshintergrund

Mitarbeit…	in einer politischen Partei	in gemeinnützigen Vereinen/ NGOs	bei einem Angebot der Stadt Wien zur Beteiligung	in einer Bürgerinitiative
Alle	12%	33%	9%	10%
kein MH	14%	35%	9%	10%
1. Generation	6%	24%	7%	7%
2. Generation	11%	33%	11%	11%
1. Gen vs. kein MH	-8%	-11%	-2%	-3%
2. Gen vs. kein MH	-3%	-2%	2%	1%
1. Gen vs. 2.Gen	-5%	-9%	-4%	-4%

Quelle: Sozialwissenschaftliche Grundlagenstudie II laut Verwiebe et al. 2014 und eigene Berechnungen

Die Beteiligungsraten von Zuwanderer*innen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien liegen in allen Punkten unter denen der gesamten Ersten Generation, statistisch signifikant im Falle der politischen Parteien (4% Beteiligungsrate bei beiden Herkunftsländern) und bei der Mitarbeit in Vereinen/NGOs (TR: 12%, Ex-YU: 18% Beteiligungsrate).[4]

3) Multivariate Analyse

Dass der ausländische Geburtsort zu geringerer Partizipation führt, könnte im Prinzip auch an anderen Faktoren liegen. Beispielsweise könnte eine andere Verteilung an Bildungsabschlüssen in der Zuwandererpopulation der eigentliche Grund für geringere Beteiligung sein. Umgekehrt könnte es auch sein, dass die Erste Zuwanderer*innen-Generation gemessen an ihrer Altersstruktur (mit einem geringeren Anteil Über-70-Jähriger) eigentlich höher partizipieren müsste als die – im Schnitt ältere – autochthone Bevölkerung.

Daher wurde in einem für dieses Input-Paper berechneten multivariaten Modell der Einfluss der folgenden vier Faktoren bei Kontrolle des jeweils anderen analysiert:

[4] Verwiebe et al. 2014, S.170.

1) Bildung (Matura oder Studium abgeschlossen)
2) Geschlecht
3) Alter (ab 70 Jahre)
4) Geburtsort im Ausland

Dadurch werden die „puren" Effekte sichtbar, d.h. macht zum Beispiel die Zugehörigkeit zur Ersten Zuwanderer-Generation an sich einen Unterschied bei Wiener*innen, die die gleiche Geschlechts-, Bildungs- und Altersstruktur haben?

Tabelle 3 zeigt, dass praktisch alle Einflussfaktoren die multivariate Kontrolle für die anderen Faktoren „überleben."[5]

1) **Höhere Bildung führt bei den drei deliberativen Beteiligungsmöglichkeiten zu höherer Partizipation**, nur für die Mitarbeit bei einer politischen Partei ist kein signifikanter Effekt zu verzeichnen.
2) **70 Jahre oder älter** zu sein ist der einzige Faktor, der in zwei Richtungen wirkt: zu **häufiger Mitarbeit in politischen Parteien**[6], aber zu **seltenerer Mitarbeit bei gemeinnützigen Vereinen** oder bei **Angeboten der Stadt Wien.**
3) **Weibliches Geschlecht führt zu signifikant geringerer Beteiligung bei politischen Parteien, bei Vereinen/NGOs und bei Bürgerinitiativen.**
4) Das gleiche gilt für die Zugehörigkeit zur **Ersten Generation (im Ausland geboren): sie führt überall zu geringerer Beteiligung außer bei den Angeboten der Stadt Wien.**

Tabelle 3: Multivariate Effekte von Bildung, Alter, Geschlecht und Geburtsort auf die Wahrnehmung von Partizipationsangeboten in Wien

Mitarbeit…	Bildung (mind. Matura)	Alter (ab 70 Jahre)	Ge-schlecht weiblich	Geburts-ort im Ausland
in einer politischen Partei		++	--	--
in gemeinnützigen Vereinen bzw. NGOs	++	--	--	--
bei Angebot der Stadt Wien zur Beteiligung	+	--		
in einer Bürgerinitiative	++		--	--

Legende: ++/+: Pos. Einfluss auf 95%-/90%-igem Niveau, --: Neg. Einfluss auf 95%-igem Niveau

Die Befunde legen nahe, dass **die Erste Generation die wichtigste Zielgruppe für partizipationsfördernde Maßnahmen** ist, denn hier ist das Partizipationsverhalten deutlich schwächer als bei den übrigen Wiener*innen. Außerdem haben zahlreiche der Zuwanderer*innen der Ersten Generation – im Gegensatz zur Zweiten – keinen österreichischen Pass, sind also auch (bis auf EU-Bürger*innen bei Bezirksvertretungswahlen) formal vom repräsentativ-demokratischen Prozess ausgeschlossen.[7]

[5] Nicht-signifikante Faktoren wurden aus der Darstellung herausgenommen. Ebenso wurde das Modell auf Wechselwirkungen getestet, etwa ob sich z.B. der Effekt des Migrationshintergrunds bei Männern und Frauen unterscheidet; die getesteten Wechselwirkungen waren jedoch allesamt nicht signifikant.
[6] Hier ist nicht klar, ob es ein Kohorten- oder ein Alters-Effekt ist, wobei einiges für ersteres spricht.
[7] Der Anteil der Nicht-Österreicher*innen in der Ersten Zuwanderer*Innen Generation in Wien beträgt 71% (Quelle: Philipp Hammer, Statcube-Auswertung, Stichtag 1. Jänner 2018), der Anteil der Nicht-Österreicher innerhalb der Zweiten Generation ist dafür wesentlich geringer und könnte u.U. durch eine Mikrozensus-Auswertung geschätzt werden.

Auffallend ist, dass sich das Partizipationsverhalten (und auch die abgefragten Partizipations-Vorhaben) der Wiener*Innen innerhalb der Ersten Generation kaum danach unterscheidet, ob die Befragten die österreichische Staatsbürgerschaft haben oder nicht. Einzig die Mitarbeit in politischen Parteien nannten Eingebürgerte der Ersten Generation mit 8% signifikant häufiger als Nicht-Eingebürgerte (3%).

Das heißt also, dass **die Einbürgerung für sich genommen** die Beteiligung an der repräsentativen Parteiendemokratie ermöglicht und auch wahrscheinlicher macht, aber sonst **keinen unmittelbaren Effekt auf das Beteiligungsverhalten auszuüben scheint**. Der österreichische Pass an sich ist kein "Partizipations-Booster".

Bereits aus dem bisher Gesagten ergeben sich zwei wichtige Konsequenzen für die Konzeption einer allfälligen „Stadtbürger*innenschaft“[8]:

1) **Sie sollte als Schlüssel zur umfassenden Teilhabe verstanden werden, in denen Einbindung in repräsentativ-demokratische Akte eine Komponente unter mehreren ist.**
2) **Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft ist für Zuwanderer*innen nicht das Ende des Weges: Partizipationsfördernde Maßnahmen für die Erste Generation sind nach einem allfälligen Einbürgerungsakt und dem damit verbundenen Wahlrecht genauso sinnvoll wie vorher.**

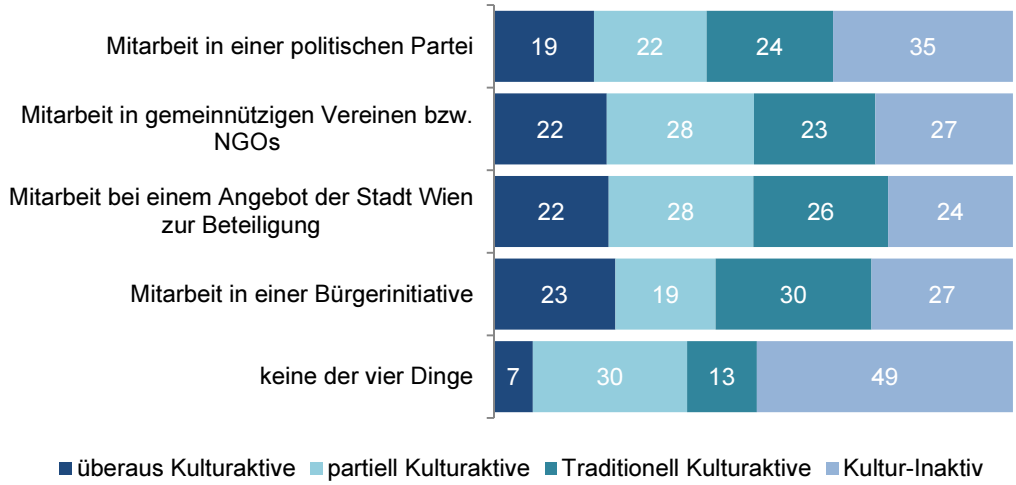
Dass die **Stadt Wien von zentraler Bedeutung** sein kann, um die Teilhabe von Migrant*innen zu fördern, zeigt sich daran, dass die **Beteiligung an Angeboten der Stadt Wien die einzige der abgefragten Partizipationsmöglichkeiten ist, die von im Ausland geborenen Wiener*innen nicht signifikant weniger** in Anspruch genommen wird.

4) Partizipation und kulturelle Beteiligung

Schönherr /Oberhuber (2015) zeigten für Wien einen starken Zusammenhang zwischen Formen der politischen Partizipation und der kulturellen Beteiligung: „Personen, die z.B. in einer politischen Partei mitarbeiten oder früher mitgearbeitet haben, sind mehrheitlich kulturaktiv – rund ein Viertel zählt zu den „traditionell Kulturaktiven“, etwas mehr als ein Fünftel zu den „partiell Kulturaktiven“, etwas weniger (19%) zu den „überaus Kulturaktiven“. Noch höher liegt der Anteil an Kulturaktiven unter Personen, die in gemeinnützigen Vereinen, Angeboten der Stadt Wien oder Bürgerinitiativen mitarbeiten.“ Diejenigen, die sich an keiner der vier Formen der politischen Partizipation beteiligt haben, sind zu 49% „Kultur-inaktiv“.

[8] Die allein aus diesem Grund anders genannt werden sollte, siehe auch abschließende Bemerkungen

Abbildung 1: Kulturelle Beteiligung nach Formen der politischen Partizipation



Unter jenen, die keine einzige Form der abgefragten politischen Teilhabemöglichkeiten genutzt haben, haben 33% drei oder mehr kulturelle Angebote wahrgenommen (**Tabelle 4**); doch von jenen Wiener*innen, die drei oder mehr Angebote der politischen Partizipation genutzt haben, haben 70% drei oder mehr kulturelle Angebot wahrgenommen.

Tabelle 4: Nutzung kultureller Angebote nach Nutzung politischer Partizipationsangebote

Anzahl genutzter Angebote politischer Partizipation	bis zu 2 Angebote der kulturellen Partizipation[9]	3 oder mehr Angebote der kulturellen Partizipation
keines	67%	33%
1	56%	41%
2	34%	66%
3 oder 4	30%	70%

Quelle: Sozialwissenschaftliche Grundlagenstudie 2013, eigene Berechnung basierend auf Schönherr/Oberhuber (2015).

Im Prinzip könnten gemeinsame Ursachen dafür verantwortlich sein, dass kulturelle und politische Beteiligung miteinander korrelieren. Daher ist auch hier eine multivariate Betrachtungsweise notwendig – etwa die Kontrolle für Bildung, weil ja der Abschluss einer höheren Ausbildung als gemeinsame Ursache sowohl für die stärkere kulturelle als auch für die stärkere politische Partizipation in Frage kommt.

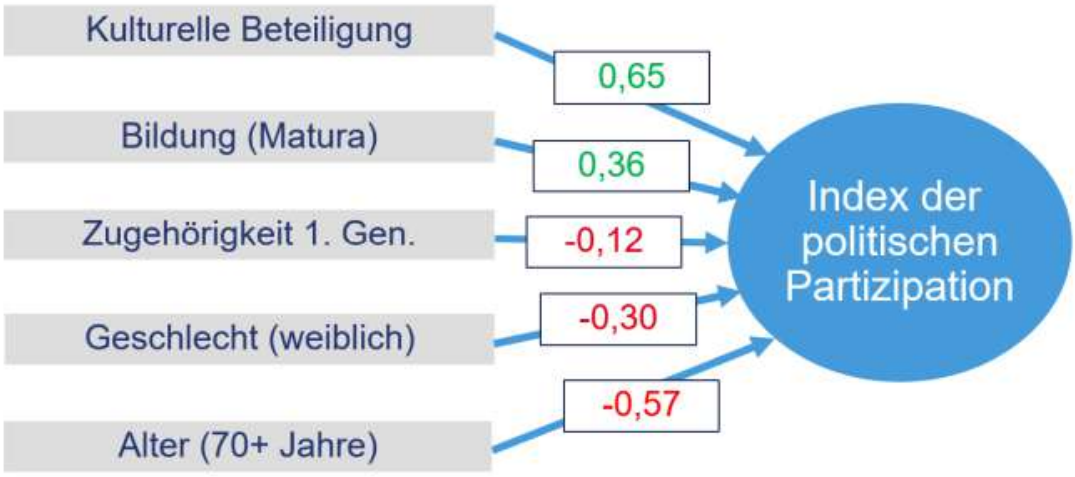
Für dieses Input Paper wurde daher ein Modell erstellt, bei dem politische Partizipation aus Bildung, Geschlecht, Zugehörigkeit zur Ersten Generation, Alter (ab 70) und eben auch kultureller Beteiligung[10] erklärt wird. **Der Effekt der kulturellen Beteiligung erweist sich nicht nur als robust, sondern trägt bei drei der vier Partizipationsformen** (Mitarbeit bei Verein/NGO, bei Angeboten der Stadt Wien, sowie bei einer Bürgerinitiative) **am meisten zur Erklärung der politischen Beteiligung** bei. Und auch bei der Mitarbeit in einer Partei

[9] ohne Kino
[10] drei oder mehr Kultur-Angebote genutzt, ohne Kino

bleibt die kulturelle Beteiligung ein signifikanter Einflussfaktor, wenn auch hier an dritter Stelle hinter Geschlecht und Alter.[11]

Gut verdeutlichen lässt sich die Bedeutung der kulturellen Beteiligung unter Kontrolle für soziodemographische Merkmale in einem Modell, das die Summe der politischen Beteiligung erklärt. Die Zielvariable reicht von 0 (keine politische Beteiligung genutzt) bis 4 (alle vier genutzt). Der unstandardisierte Beta-Koeffizient von 0,65 bei der kulturellen Beteiligung lässt sich wie folgt interpretieren: Bei Gruppen mit gleicher Verteilung hinsichtlich Bildung, Alter, Geschlecht und Zugehörigkeit zur Ersten Generation haben sich jene **Menschen, die sich kulturell stark beteiligen, im Schnitt an 0,65 mehr politischen Angeboten beteiligt**. Im Vergleich dazu „bringt" Matura nur 0,36 an Beteiligung, alle anderen Faktoren wirken vermindernd auf die politische Partizipation.

Abbildung 2: Regressionsmodell zum Zusammenhang zwischen kultureller und politischer Partizipation



Quelle: Sozialwissenschaftliche Grundlagenstudie 2013, eigene Berechnungen; n = 3886, multiple Regression; Werte sind unstandardisierte Beta-Koeffizienten; adjusted r^2 = 0,14; Signifikanz bei Zugehörigkeit Erste Zuwanderer-Generation >95%, bei den anderen Effekten > 99%.

5) Partizipationsformen im wechselseitigen Einfluss

Besteht auch in Wien das Risiko, dass sich „zusätzliche Einflusskanäle […] als Einflussmöglichkeiten für bestimmte Teile des Elektorats" (Schäfer/Schoen, 2013, 114f.) erweisen? **Tabelle 5** zeigt, dass Wiener*innen, die an Wahlen teilgenommen haben, auch andere Einflussmöglichkeit wesentlich häufiger nutzen. Wer schon einmal gewählt hat, hat beispielsweise mit 39% eine drei Mal so hohe Wahrscheinlichkeit, in einem gemeinnützigen Verein/Bürgerinitiative/selbstorganisierten Gruppe mitgearbeitet zu haben als jemand, der nicht gewählt hat (Mitarbeit bei Vereinen etc. nur 13%).

[11] Inwieweit der Zusammenhang zwischen kultureller und politischer Beteiligung auf weitere gemeinsame Ursachen zurückzuführen ist und in welchem Ausmaß tatsächlich ein kausaler Zusammenhang besteht, wäre nur im Rahmen vertiefender Forschung festzustellen.

Tabelle 5: Deliberative Beteiligungsformen nach Wahlteilnahme

	an Wahl teil-genommen	nicht an Wahl teilgenommen	Differenz	Multivariat bereinigter Effekt Wahl-Teilnahme*)
an einer Demonstration teilgenommen	28	4	-24	-21**
in einer politischen Partei / Interessensvertretung mitgearbeitet	18	13	-5	-6
in einem gemeinnützigen Verein/Bürgerinitiative /selbstorganisierten Gruppe mitgearbeitet	39	13	-26	-20**
sich in Schule, Arbeit oder Nachbarschaft für ein Thema oder eine Person eingesetzt	63	25	-39	-33**

Quelle: Österreichischer Demokratiemonitor, eigene Berechnungen; *) „Effekt“ (nicht aus Kausalität zu interpretieren) der Wahlteilnahme bei Kontrolle für Bildung, Geschlecht, Migrationshintergrund und Wohngegend **) signifikant auf 95%-Niveau

Diese **Unterschiede sind auch robust für verschiedene Untergruppen**, in anderen Worten: Dass die Teilnahme an Wahlen mit der Teilnahme an anderen Partizipationsformen zusammenhängt, wäre nicht durch gemeinsame Ursachen wie Bildung, Migrations-hintergrund, Geschlecht oder Wohngegend zu erklären. Das zeigt sich in der letzten Spalte der **Tabelle 5**.

Wieder am Beispiel Mitarbeit in Vereinen/Bürgerinitiativen/selbstorganisierten Gruppen: Diese üben Wiener*innen mit österreichischem Pass, die bereits an Wahlen teilgenommen haben, um 26 Prozentpunkte häufiger aus als Menschen, die noch nie an Wahlen teilgenommen haben. Bei Kontrolle für Bildung, Geschlecht, Migrationshintergrund und Wohngegend verringert sich der Effekt, beträgt aber immer noch 20 Prozentpunkte. D.h. auch in Gruppen, deren soziale Struktur gleich ist, sind Menschen, die schon einmal wählen waren, im Schnitt um 20 Prozentpunkte häufiger in Vereinen etc. engagiert.

Dies steht im Einklang mit der bestehenden Forschung, dass neben Geschlecht, formalem Bildungsniveau, Sprachkenntnissen, Alter, Geschlecht und sozioökonomischem Status die Partizipationsrechte an sich positive Einflüsse auf das politische Interesse aufweisen (Müssig/Worbs 2012, Filzmair et al 2015).[12]

Das **Recht zur Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen ist also kein „Allheilmittel“, kann aber eine wichtige Komponente** eines erfolgreichen Wegs zur umfassenden Teilhabe bilden.

[12] Wie sehr unterschiedliche Teilnahme-Angebote einander bedingen, zeigt sich bei den Bezirksvertretungs-Wahlen: Als die Leopoldstädter Bezirksvertretungs-Wahl im Jahr 2016 wiederholt wurde, sank die Wahlbeteiligung auf nur 35%, also nur etwas mehr als die Hälfte der ursprünglichen, später annullierten Wahl, die im Oktober 2015 gemeinsam mit der Gemeinderatswahl stattfand. Dass auch die österreichischen Staatsbürger*innen in so geringem Ausmaß an einer bloßen Bezirksvertretungs-Wahl partizipierten, legt im Umkehrschluss nahe, dass die EU-BürgerInnen ihr derzeit auf die Bezirksvertretungs-Wahlen beschränktes Wahlrecht in deutlich höherem Maße ausüben würden, wären sie zur Teilnahme an einer gleichzeitig stattfindenden Gemeinderatswahl berechtigt.

6) Skizzierung von Herausforderungen für konkrete Anwendung von „Stadtbürger*innenschaft“

Partizipation hängt auch in Wien stark von Ressourcen ab. Eine geplante Stadtbürger*innenschaft[13] kann daher am meisten für die Beteiligung erreichen, wenn sie auf breiter Ebene Zugang zu Ressourcen schafft, also wirtschaftliche, rechtliche, soziale und kulturelle Teilhabe fördert.

Während Menschen mit zahlreichen Ressourcen auf vielfältige Weise partizipieren, beteiligen sich Menschen mit vergleichsweise wenig Ressourcen in deutlich geringerem Ausmaß (Böhnke 2011). Für die ohnehin bereits am öffentlichen Leben und an demokratischen Prozessen teilnehmende Bevölkerung noch zusätzliche Partizipationsangebote zu schaffen, würde die bestehende Beteiligungsungleichheit weiter verschärfen.

Die Stadtbürger*innenschaft sollte daher in Bezug auf Beteiligung jedenfalls kompensatorisch wirken, d.h. das Ziel haben, Partizipations-Ungleichheiten zu verringern. Dies kann dadurch gelingen, dass sie den Zugang zur Gesellschaft auf drei Ebenen erleichtert und fördert:

- rechtlich/strukturell: durch Verringerung oder Wegfall von juristischen und administrativen Barrieren
- kommunikativ: durch gezielte Ansprache der Stadtbürger*innen, die ihnen relevante Informationen auf unterschiedlichen Kanälen zukommen lässt
- psychologisch: durch Vermittlung der Botschaft des Zugehörig-Seins zur städtischen Gemeinschaft[14]

Das Muster, dass Menschen mit geringerer Bildung, Ältere und Frauen[15] weniger partizipieren, gilt nicht nur generell, sondern auch bei Zugewanderten. Jede Aktivität im Rahmen einer Stadtbürger*innenschaft wäre daher in ihrer praktischen Umsetzbarkeit und in Bezug auf ihr aktivierendes Potential in diesen Gruppen zu überprüfen.

Wenn Zuwanderer*innen der Ersten Generation eingebürgert werden, ändert sich ihr Partizipationsverhalten wenig.[16] Für die Ausgestaltung der Stadtbürger*innenschaft bedeutet dies die Herausforderung, den erleichterten Zugang zu Ressourcen und Beteiligungsformen auch nach erfolgter Einbürgerung zu ermöglichen.

---

[13] Wir schlagen im Falle einer Einführung vor, die **Namensgebung für die Stadtbürger*innenschaft ausführlich mit externer Begleitung zu reflektieren**, damit im Namen der Nutzen für die Gesellschaft und die Betroffenen ersichtlich wird; die Termini "Stadtbürger*innenschaft" oder "Wohnbürgerschaft" leisten dies nicht bzw. **sind in manchen Aspekten vermutlich kontraproduktiv**.
[14] Keine neue, aber eine nach wie vor relevante Empfehlung, vgl. u.a. Hofinger / Waldrauch 1997.
[15] Vgl. u.a. Rosenberger et al. 2008.
[16] In der Zweiten Generation, die Großteils eingebürgert ist, steigt die Partizipation, es bestehen dort jedoch laut SoWi-Studie (eigene Auswertungen) markante Unterschiede nach Bildung.

Literatur:

Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft? Frankfurt/M.

Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. Aus Politik und Zeitgeschichte, 61/1, 18-25.

Kraler, Albert / Sohler, Karin (2005): Active Civic Participation of Immigrants in Austria, Country Report prepared for the European research project POLITIS, Oldenburg.

Filzmaier, Peter / Patscheider, Markus / Perlot, Flooh (2015): MigrantInnen als Wählergruppe, OZP – Austrian Journal of Political Science 44/2, 29-43.

Hofinger, Christoph / Waldrauch, Harald (1997): Einwanderung und Niederlassung in Wien: Sonderauswertung der Befragung "Leben in Wien" – Endbericht; Studie im Auftrag des Wiener Integrationsfonds.

Jenny, Marcelo/ Zucha, Vlasta / Hofinger, Christoph (2003): Voting rights support successful integration – a Vienna case study, in: Equal Voices, 12, 10-14.

Kohler, Ulrich (2006): Die soziale Ungleichheit der Wahlabstinenz in Europa, in: Jens Alber/Wolfgang Merkel (Hg.): Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? Berlin, 159-182.

Kasper, Christian / Moser, Bernhard (2008): Wahlverhalten von Neubürgern, Migranten und EU-Bürgern. Ein „weißer Fleck“ in der österreichischen Sozialforschung. In: Khol, Andreas / Ofner, Günther / Karner, Stefan / Halper, Dietmar (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2007, Wien, 217-234.

Müssig, Stephanie / Worbs, Susanne (2012): Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland, Working Paper 46 aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 10, Nürnberg.

Rosenberger, Sieglinde / Florian Walter / Patrick Fuchs (2008): Jugendpartizipation unter dem Blickwinkel von Geschlecht und Migration, in: Demokratiezentrum Wien (Hg.): Abschlussbericht der ExpertInnengruppe 5 „Innovative Demokratie“, Wien, 75-118.

Roth, Roland (2012): Integration durch Partizipation. Eine vernachlässigte Handlungsoption, in: vhw FWS 1.

Schäfer, Armin / Schoen, Harald (2013): Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. Leviathan, 41/1, 94-120.

Schönerr, Daniel / Oberhuber, Florian (2015): Kulturelle Beteiligung in Wien. Forschungsbericht im Auftrag der MA 7, abrufbar unter https://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/studie-kulturelle-beteiligung.pdf.

Ucakar, Karl / Gschiegl, Stefan (2010): Partizipation und Lebensqualität, in: Politikfeldanalysen zur Lebensqualität in Wien. Vertiefende Untersuchungen zur sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung für Wien; Studierendenarbeiten am Institut für Staatswissenschaft, 5-19.

Verwiebe, Roland / Riederer, Bernhard / Troger, Tobias (2014): Lebensqualität in Wien im 21. Jahrhundert: Endbericht an die Stadt Wien. Unter Mitarbeit von L. Seewann. Universität Wien: Institut für Soziologie.

Zandonella, Martina (2018): Österreichischer Demokratie Monitor 2018. Verfügbar unter: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2018_Praesentation_Oesterreichischer_Demokratie_Monitor.pdf

Anhang: Abbildungen aus der Sozialwissenschaftlichen Grundlagenstudie I (2008), entnommen aus Ucakar/Gschiegl 2010

Abbildung A1: Partizipationsbereitschaft nach Bildung

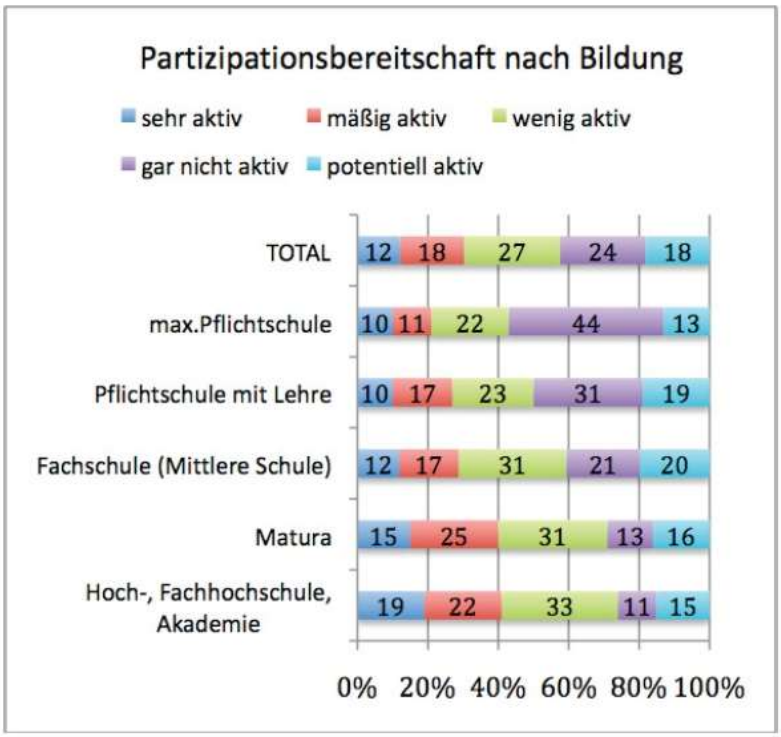


Abbildung A2: Partizipationsbereitschaft nach Geschlecht und Alter

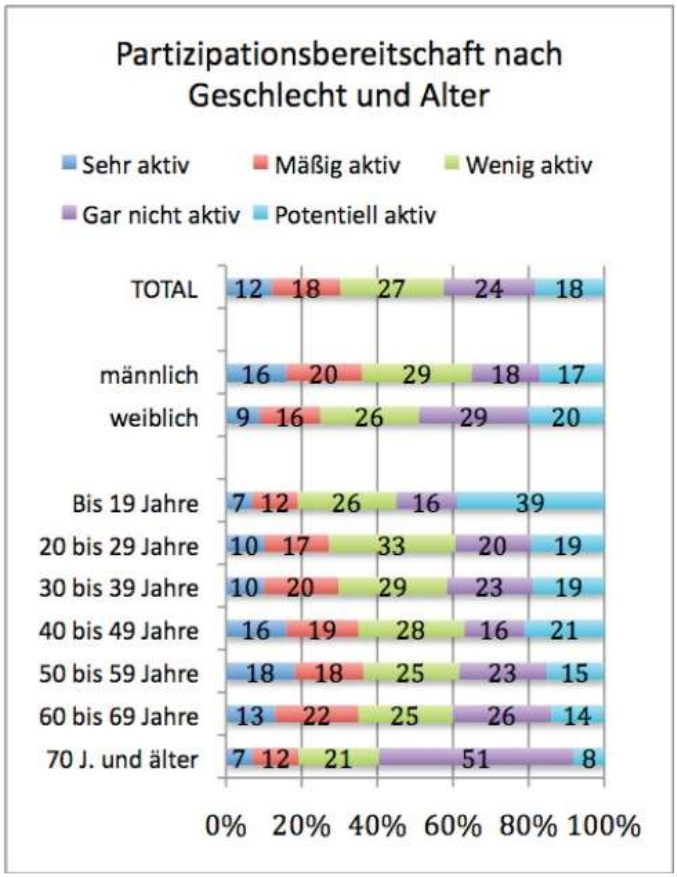
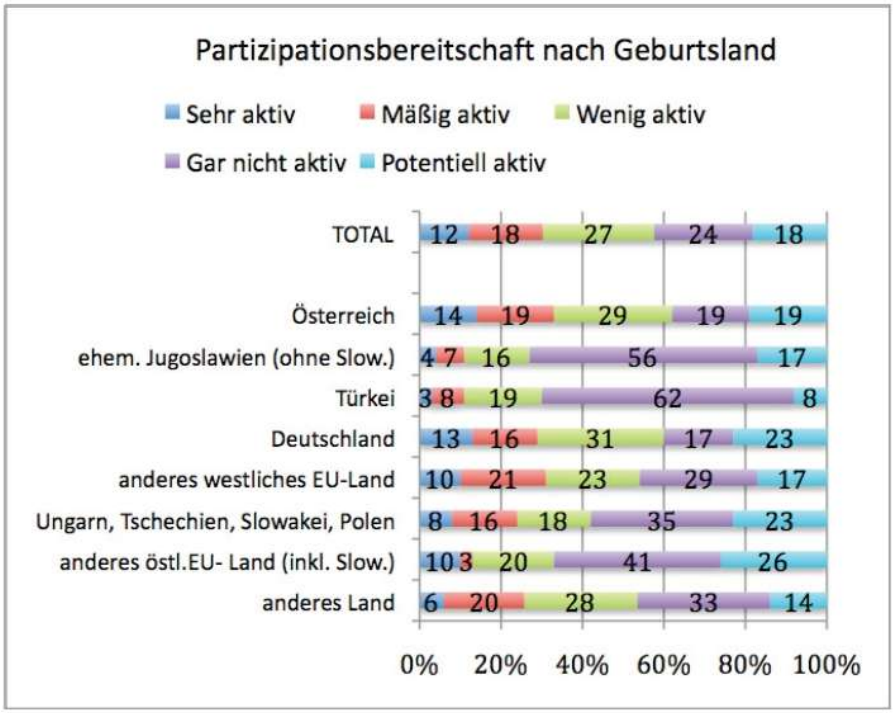


Abbildung A3: Partizipationsbereitschaft nach Geburtsland



View publication stats